

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsmitteilungen werden nicht angenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner, Druck: G. Handmann & Co., Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, heimlich in Bochum, Bismarckstraße 38-42, Telefon-Nr. 89 u. 80, Telegr.-Adr.: K.V.B. Bochum.

Kommunismus und Syndikalismus.

Die kommunistischen und syndikalistischen Kräfte im Kampfe für eine neue Einheitsorganisation haben bekanntlich nur neue Zersplitterung hervorgerufen. Es entstanden die „Freie Vereinigung“, der „Allgemeine Arbeiterverband“, der „Reichsverband“, die „Bergarbeiter-Union“ usw. Wer kennt die Völker, nennt die Namen, die alle hier zusammenkamen! Das Durcheinander und die Zersplitterung wurden immer größer, was sicher nicht zur Macht, sondern zur Ohnmacht der Arbeiterschaft führte. In der Tagespresse vom 17. Sept. 1919 fanden wir nun folgenden Bericht:

„Zur organisatorischen Verschmelzung der ganz linksstehenden Gewerkschaftsgruppen tagte am 15. und 16. September in Düsseldorf eine Konferenz, an der die Freie Vereinigung, der Allgemeine Arbeiterverband, die Bergarbeiter-Union, die Arbeiter-Union in Essen und die Arbeiter-Union in Düsseldorf beteiligt waren. Wie heute die radikale „Düsseldorfer Volkszeitung“ berichtet, kam nach langen, zum Teil recht heftigen Auseinandersetzungen eine Einigung zustande, die den Zusammenschluß dieser Gewerkschaftsgruppen bedeutet. Als gemeinsame Grundlage der weiteren Tätigkeit wurde das syndikalistische Wirtschaftsprogramm angenommen. Parteipolitisch soll den Mitgliedern ihre Tätigkeit in den sozialistischen Parteien freigestellt bleiben. Die neue Vereinigung soll den Namen Freie Arbeiterunion tragen mit dem Untertitel: Föderation der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Kommunalarbeiter“ usw.“

Kommunisten und Syndikalisten haben sich danach geeinigt und zwar auf syndikalistischer Grundlage. Die Kommunisten hätten mithin ihre Grundzüge preisgegeben. Sehr wahrscheinlich klingt das nicht. Kommunisten und Syndikalisten haben sich bisher ebenso heftig bekämpft, wie sie gemeinsam unsere Zentralverbände bekämpfen, weil Kommunismus und Syndikalismus unvereinbar sind. Noch im August 1919 wurden den Funktionären der kommunistischen Partei in Berlin folgende Weisung zur systematischen Bekämpfung des Syndikalismus an die Hand gegeben:

„Die Kommunisten und Syndikalisten sind beide Gegner des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Klassenstaates. Gleichwohl aber sind ihre Ziele und ihre Taktik derart verschieden, daß niemand Kommunismus und Syndikalismus zugleich sein kann.“

1. Die Kommunisten führen durch ihre Partei den Kampf um die politische Macht. Sie wollen, daß das Proletariat die politische Gewalt dem Bürgertum entreißt und selbst in die Hand nimmt. Die Syndikalisten lehnen es ab, einen Kampf um die politische Macht zu führen. Politik zu treiben erscheint ihnen überflüssig und zwecklos, ja sogar schädlich.
2. Die Kommunisten wollen die Ueberleitung der Produktionsmittel aus der Hand der Kapitalisten in die der Allgemeinheit durch die Betriebs- und Arbeiterräte. Die Syndikalisten lehnen dieses Rätesystem ab; genau wie die sogenannten „freien Gewerkschaften“ halten sie an überlieferten Anschauungen fest und wollen ihre syndikalistischen Gewerkschaften zu den künftigen Trägern der Produktion machen.
3. Die Kommunisten erstreben, daß die Allgemeinheit künftig die Warenherzeugung und Warenverteilung nach den von ihr selbst festzusetzenden Bedürfnissen regelt. Die Syndikalisten lehnen es ab, eine zentrale Leitung der Produktion anzuerkennen, sie wollen ihre nur föderativ verbundenen Gewerkschaften zu ortslichen Produktionsgesellschaften umgestalten, diese sollen dann den Warenaustausch unter sich vornehmen.
4. Die Kommunisten gewöhnen das Proletariat daran, sein ureigenstes Machtmittel, den Massenstreik einseitig und planmäßig, also mit um so gewaltigeren Wirkungen zu gebrauchen. Die Syndikalisten lehnen einen solchen planmäßigen Massenstreik ab, sie legen es vielmehr jeder ihrer Gruppen nahe, jederzeit nach eigenem Gutdünken ohne Rücksicht auf die jeweiligen Verhältnisse in anderen Orten, Streiks zu injizieren.

Wfo: Die Kommunisten erstreben eine planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft; die Syndikalisten zielen auf kleinbürgerliche Produktionsgenossenschaften hin. Die Kommunisten erziehen das Proletariat zum gemeinsamen, einheitslichen Kampfe, die Syndikalisten verzetteln und verschleiern die Kraft der Arbeiterschaft und schaffen dadurch dem Bürgertum und den Koslegarden die Möglichkeit, jeden einzelnen Streik niederzuschlagen.

Daher weg mit dem kräftezersplitternden Syndikalismus! Es lebe der die Kräfte des Proletariats zusammenfassende Kommunismus!

Darauf antwortete die „Jugendzeitung“ für herrschaftslosen Sozialismus“, die in Berlin erscheinende „Freie Jugend“ in Nr. 6 wie folgt:

Die K. P. D. (Kommunistische Partei Deutschlands) und die Syndikalisten sind theoretische Gegner des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Klassenstaates. Die Syndikalisten sind freilich Kommunisten, die Partei-Kommunisten sind Staatskommunisten. Die Ziele sind verschieden, die Taktik der Partei-Kommunisten ist im wesentlichen den Syndikalisten gestohlen. Die Partei-Kommunisten haben keine eigenen wirtschaftlichen Kampfmittel, die politischen haben sie der bürgerlichen Revolutionsperiode entnommen. Die K. P. D. ist keine Klassenorganisation, sondern eine Organisation von Gewerkschaftswandlern. Der Syndikalismus ist die Klassenorganisation des Proletariats.

1. Die Partei-Kommunisten führen den Kampf um die politische Macht. Sie wollen, daß die Kommunisten die politische Gewalt dem Bürgertum entreißt und selbst in die Hand nehmen. Die Syndikalisten führen den Kampf um die Befreiung jeder politischen Macht, um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht. Jeder wirtschaftliche Kampf ist gleichzeitig ein politischer Kampf.
- Der politische Kampf der Partei-Kommunisten wird geführt mit bürgerlichen Kampfmitteln und hat bürgerliche Ziele: Durch Eroberung der Regierungsmacht und der Gesetzgebungsmacht kann nicht der Sozialismus, sondern der Staatskapitalismus geboren werden.
2. Die Partei-Kommunisten predigen ursprünglich nur den einen Grundtag: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! Die Gewerkschaften erklärten sie für überflüssig in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dabei blieben aber die bekannten Agitatoren der K. P. D. Angehörige der Zentralverbände. Später predigte die K. P. D. die Angehörige der Zentralverbände durch Befragung der Angehörigenfunktionen. Gleichgültig ging sie zur Gründung von Betriebsorganisationen über. Und in Rheinland-Westfalen versuchte sie durch ständisch-bürokratische Maßnahmen die syndikalistischen Organisationen in ihrem Aufstieg zu hemmen, indem sie plötzlich — aber nur für die Bergarbeiter — als Ziel auspricht: Eroberung der Bergwerke durch die Bergarbeiter-Union und durch diese Einführung der sozialistischen Produktionsweise.

Die Syndikalisten sind Vertreter der Idee, daß die Gewerkschaften die Keimzelle der sozialistischen Gesellschaftsordnung werden müssen. Diese Idee ist geschichtlich begründet. Sie hat ein höherer Stand der Kultur und des allgemeinen Wohlstandes geerbt als zur Zeit derilden und Kartellgenossenschaften. Erst das Emporkommen des Staates hat diese Blütezeit europäischer Kultur vernichtet.

Die Syndikalisten sind Anhänger des reinen Rätesystems, eines Rätesystems, aufgebaut auf sozialrevolutionären Gewerkschaften. Sie sind Feinde eines Rätesystems, das in parteipolitischen Zäsuren ihre besten Kräfte verzettelt, das durch Unfähigkeit und Unbuddelbarkeit jede schöpferische Initiative der Gewerkschaften, Genossenschaften und Bünde unmöglich macht, das alles, auch das Bestreben, nach einer Parteifabrikation zentralisieren und diktieren will.

3. Die Syndikalisten sind die alleinigen und konsequenten Feinde der Zentralverbände mit ihrer Tarifvertragspolitik, ihren Arbeitsgemeinschaften und ihrem Gewerkschaftsbund mit den von der Volkspartei und der Kirche gestützten Vereinen. Die Partei-Kommunisten dagegen sind in der Mehrheit noch immer Mitglieder dieser reaktionären, den Sozialismus verachtenden, die Ausbeutung und die Beherrschung der arbeitenden Massen stützenden Gewerkschaftsrichtung.

Die Partei-Kommunisten erstreben die Regierungsgewalt, um durch Dekrete die Warenherzeugung und Warenverteilung zu regeln.

Die Syndikalisten wissen, daß keine Regierung die intimsten Verhältnisse in einer Industrie so gut kennen kann, als die darin beschäftigten Kopf- und Handarbeiter. Die Gewerkschaftsbüros werden sich also am Tage nach der sozialen Revolution in städtische Büros verwandeln. Die Arbeiterräte werden die Bedürfnisse der Gemeinden und der Allgemeinheit berechnen, die Bestände der in den verschiedenen Industrien vorhandenen Vorräte aufnehmen, um so zu einer geregelten Bedarfswirtschaft überzugehen. Da die Gewerkschaften nicht nur örtlich begrenzt, sondern über das ganze Land föderiert sind, da sie örtlich im Kartell allgemein, über das Land in Industrieföderationen, alle Industrieföderationen des Landes wieder zu einem allgemeinen Gewerkschaftsbündnis zusammengeschlossen sind, so ergibt sich schon aus diesem Aufbau die beste Regelung einer wahrhaft sozialistischen Produktions- und Verteilungswirtschaft.

4. Die Partei-Kommunisten haben durch Aufrufe zu rein örtlich begrenzten Massen- und „Generalstreiks“ die Kräfte des Proletariats fast in Anspruch genommen. Von einer einheitslichen und planmäßigen Anwendung des Massenstreiks kann in Deutschland noch nicht gesprochen werden, da so wenig die Partei-Kommunisten als auch die Syndikalisten in allen Orten Deutschlands die Massen gewonnen haben.

Die Syndikalisten sind seit langen Jahren die Propagandisten der Idee des sozialen Generalstreiks, den die „Kommunisten“ noch vor wenig Jahren nach „wissenschaftlicher“ Methode als Generalstreikbündnis bezeichneten. Die Syndikalisten lassen allen ihren Ortsgruppen vollständiges Selbstbestimmungsrecht über Eintritt und Beendigung von Streiks. Sie sind der Ansicht, daß umfassende Massenstreiks sich nicht von einer Zentrale aus diskutieren lassen, sondern aus den wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Verhältnissen und aus dem Willen der Massen selbst herauswachsen müssen.

Wfo: Die Partei-Kommunisten erstreben den Staatssozialismus, die Syndikalisten arbeiten seit langen Jahren an der Ueberwindung des Kapitalismus und des Staates und wurden dabei von den „Kommunisten“, den ehemaligen Sozialdemokraten, nicht nur nicht unterstützt, sondern hart bekämpft.

Die Partei-Kommunisten drängen die Massen mit Kraftausbrüchen und starken Gelten zu unüberlegten Handlungen, zu deren Folgen sie zu feige sind, sich zu bekennen. Sie haben wiederholt bewußt gelogen, indem sie ihre Handlungen den Syndikalisten in die Schuhe schoben. Sie haben es an der geistigen Durchbildung der ihnen angeschlossenen Arbeiter völlig fehlen lassen.

Die Syndikalisten arbeiten systematisch an der Erkenntnis und an der Willensbildung der ihnen angeschlossenen Arbeiter. Sie verwerfen jede Art Militarismus, jeden Mob. Die Syndikalisten sind die Propagandisten ortslicher Kampfmittel: Streiks, passive Resistenz.

Die Partei-Kommunisten lügen, wenn sie sagen, daß die Syndikalisten dem Bürgertum und den Koslegarden die Möglichkeit gaben, die örtlichen Streiks niederzuschlagen.“

Das Spiegelbild, das sich Kommunisten und Syndikalisten hier gegenseitig vorhalten, ist nicht sehr anzusehen. Die Kommunisten halten den Syndikalisten vor, sie zielten auf kleinbürgerliche Produktionsgenossenschaften hin und verzettelten und verschleuderten die Kraft der Arbeiterschaft. Die Syndikalisten dagegen behaupten, die Kommunisten drängten die Massen mit Kraftausbrüchen und starken Gelten zu unüberlegten Handlungen, zu deren Folgen sie zu bekennen sich zu feige wären. Wir wollen uns in diesen häuslichen Streit nicht einmischen. Grundtatsache ist, daß Kommunisten und Syndikalisten alles tun, um die Einheit der Arbeiterschaft zu zertrümmern. In dieser Beziehung haben sie sich gegenseitig nichts vorzuwerfen. Grundsätzlich liegen die Dinge so, daß Kommunismus und Syndikalismus unvereinbar sind und daß daher ihre Einigung nicht von Dauer sein kann. Das sind Trugbilder, die man den Massen vorgaukelt.

Kommunismus ist Gemeinwirtschaft. Der Sozialismus will die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Kommunismus auch die der Verbrauchsgüter. Wfthin steht der Kommunismus eine noch straffere Zentralisation voraus, wie der Sozialismus. Dagegen will der Syndikalismus die Vernichtung jeder Zentralisation, also auch des Staates. Folglich scheiden sich Kommunismus und Syndikalismus wie Feuer und Wasser. Die unüberlegbaren oder verbrecherischen Wfrrköpfe, die sich heute Kommunisten oder Syndikalisten nennen, haben selbstverständlich davon keine Ahnung. Sie wollen meist nur eine Rolle spielen und sich dabei „gehört“ machen. Das haben alle bisherigen Erfahrungen gezeigt.

Diese Wfrrköpfe, die mit den Gelben und den Wertbesitzern an einem Strang ziehen, können übrigens ihr Fortdauern unter den Bergarbeitern nur so lange treiben, als es die Gebild unserer Verbandskameraden zuläßt. Warum werden diese Wfrrköpfe nicht auf Herz und Nieren geprüft und nach ihren Grundzügen befragt? Sobald das geschieht, offenbart sich ihre Hohlheit, Minderwertigkeit und Unwissenheit. Das geschieht aber leider nur selten. In dieser Beziehung muß Wandel eintreten. Statt sich die ideo Schimpereien über Gewerkschaftszwänge, Koslegarden usw. anzuhören, müssen unsere Verbandskameraden diese sogenannten Kommunisten und Syndikalisten auffordern, die kommunistischen und syndikalistischen Grundlehren zu entwickeln. Sobald das geschieht, werden sich diese selbst entlarven und der Lächerlichkeit preisgegeben sein.

Wie kommen wir zu einem Reichs-Knappschäftsverein?

Die alte Forderung der Bergarbeiter auf Reformierung des Knappschäftswezens scheint endlich ihrer Verwirklichung entgegenzugehen. Die in Frage kommenden Stellen: Regierung, Knappschäftsverband und Knappschäftsvereine sehen ein, daß dem langebelegten Wunsche der Bergarbeiter entsprochen und ein Reichsknappschäftsverein geschaffen werden muß, dessen Rechte und Pflichten in dem baldigst zu erwartenden Reichs-Gesetz zu verankern sind.

Wir denken uns den zu errichtenden Reichs-Knappschäftsverein so, daß die Spitze der Vorstand des Vereins in Berlin ist. Ein Dutzend Zweigstellen, die Knappschäftsvereine, Knappschäftliche Versicherungsanstalten oder sonstige heißen können, sind die Zweige, die von dem Stamm des Reichs-Knappschäftsvereins ausgehen. Der Umbau zu dieser Einrichtung kann keine zu großen Schwierigkeiten bereiten, besteht doch schon in Berlin der Allgemeine Deutsche Knappschäftsverband, und in den Provinzen sind große Knappschäftsvereine vorhanden, denen alle die kleineren anzuschließen sind. Diese Zweigstellen — nennen wir sie einmal Knappschäftliche Versicherungsanstalten — könnten nach Oberbegriffen benannt und eingeteilt werden, vielleicht ist auch über örtliche Gebiete erstrecken wie die Syndikate und nach diesen Gebieten benannt werden. Doch sind dieses nur Formfragen.

Wichtig ist aber, das muß heute schon gesagt werden, ein Normalstatut, soll wirklich der Reichs-Knappschäftsverein das bringen, was wir von ihm erwarten. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Statuten in allen Knappschäftlichen Versicherungsanstalten, d. h. im ganzen Reichs-Knappschäftsverein gleich sein sollen und die Beiträge e. g. m. sein. Wir wissen wohl, daß die Löhne in den verschiedenen Betrieben nicht gleich stehen, deshalb können in dem vom Reichs-Knappschäftsverein herauszugehenden Statut drei oder vier Klassen errichtet werden, wonach je nach Beitragshöhe die Leistung bestimmt wird. Es muß aber auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß durch freiwillige Überleistungen auch höhere Pensionssätze erwirkt werden können.

Bei dieser Reformierung ist auch besonders darauf zu sehen, daß die An- und Anrechnungsmethoden ausgearbeitet werden, soweit wann Bestimmungen in Frage kommen. Bei der Veränderung der Reichsversicherungsgesetzgebung muß dieses die Rentenbezieher schädigende Verfahren dann überhaupt verschwinden.

Die freiere Vorfahrt, sowie das Verhältnismäßigkeitsprinzip für die Knappschäftlichen Wahlen müssen in dem Normalstatut festgelegt werden. Alles Gute, das jetzt bestehende Knappschäftsvereine in ihrem zurzeit bestehenden Statut haben, muß übernommen werden, dagegen dürfen rigorose Bestimmungen keinen Eingang mehr in das allgemeine Statut finden.

Der Forderung der Bergarbeiter auf Pensionierung und 25 Dienstreisen ohne ärztliche Untersuchung ist ebenfalls nachzukommen. Sollten es die Verhältnisse nicht anders gestatten, dann wenigstens unter Voraussetzung eines bestimmten Lebensalters.

In die Verwaltung des Reichs-Knappschäftsvereins sind ebenso, wie dies heute bei den Syndikaten geschieht, Vertreter der Arbeiter als gleichberechtigt zuzulassen. Kurz und gut, der Reichs-Knappschäftsverein muß in die neue Zeit passen. Der alte Ballast, der in den jetzigen Knappschäftsvereinen aufgehäuft und der den Umbau der Bergarbeiter erragt, darf nicht mit in das neue Knappschäftsstatut geladen werden, denn wir wollen nicht eine neue Aufstellung der alten Einrichtung, sondern ein wirkliches Reforminstitut.

Ein Vertreten der Knappschäftsvereine muß, soweit nur möglich, unumgänglich gemacht werden. Auch die heutigen, so hohen Mitgliedschaften sind, wenn erst der Reichs-Knappschäftsverein besteht, nicht mehr nötig, und kann dann, was Rentenentziehung betrifft, mehr geschehen. Die Sicherheitsleistungen für spätere Zeiten könnten vielleicht von der Regierung garantiert werden, so daß nicht, wie es jetzt geschieht, von den Beiträgen ungeheure Vermögen aufgestapelt werden, welches immer wieder große Erregung in die Reihen der Bergarbeiter bringt.

Mögen nun alle, die es angeht, mit Sand anlegen, um ein Reformwerk zu schaffen, das von der Zukunftsgeneration als eine Musteranordnung betrachtet werden kann. Sorgen wir nicht nur für uns, sondern besonders für die, welche später das von uns Geschaffene unter die Lade nehmen und scharfe Kritik üben werden, wenn nicht alles getan wird, was an Reformen nur möglich ist. O. W. J. m. a. n. n.

Vom Oberharzer Bergbau.

In den 100 Jahren wurde viel vom Oberharzer Bergbau geschrieben, daß er nicht mehr rentabel sei. Im damaligen preussischen Abgeordnetenhaus sind lange und breite Verhandlungen darüber geflogen worden, ob man den Oberharzer Bergbau noch weiter betreiben solle. Im Oberharz ist der Berg- und Hüttenbetrieb die Haupternährungsquelle für die Bevölkerung. Aus diesen Grunde hat man sich entschlossen, den Oberharzer Berg- und Hüttenbetrieb weiter zu betreiben. Der neuen Leitung des Oberharzer Bergbaues ist es gelungen, den Berg- und Hüttenbetrieb wieder rentabel zu gestalten.

Die Löhne der Oberharzer Berg- und Hüttenleute waren erschreckend niedrig. Wer zu jener Zeit 3 Mark verdiente, der war glücklich, er hatte ja seinen Thaler verdient. In dem angrenzenden Kalibergraben wurde zu der Zeit schon der doppelte Lohn verdient. Der Ausbruch des Krieges fand der Lohn für Dauer auf 5 Mk. bei den beibehaltenen Arbeitern, über Tag etwas über 3 Mk. Während des Krieges ist der Lohn nur unwesentlich gestiegen. Der Oberharzer Bergbau war während des Krieges ein wichtiger Faktor in der Bekleidung unserer wästermordenden Industrie. Hier wurde das Blei und Kupfer gewonnen, das uns zu der Kriegführung schon recht knapp geworden war. Der Oberharzer Bergbau war jetzt für Deutschland lebenswichtig, er wird dieses auch noch lange bleiben.

Im Harz stehen Erze der verschiedensten Art, sie müssen nur gehoben werden. An Eisenerzen ist der Harz sehr reich. In der Nähe von Ilfeld bei Nordhausen stehen Kohlen, die früher durch die ständische Verwaltung in Wertigerode primitiv ausgebeutet wurden, jetzt aber nicht mehr gewonnen werden. Es würde sich doch wohl lohnen, einmal nachzuforschen, ob dieses Kohlenvorkommen abbaufähig ist. Am Bruchberge bei Altenau stehen Manganerze; diese zu heben, wäre im

Interesse unserer Industrie sehr notwendig. Der Minister für Handel und Gewerbe sollte dem Berg seine volle Aufmerksamkeit schenken, denn hier ruhen unschätzbare Werte, die unser Wirtschaftsleben zu heben imstande sind. Dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe sowie dem Herrn Reichs-Kohlenkommissar fällt nach einer anderen Aufgabe zu. Es handelt sich darum, den jetzt vorhandenen Berg- und Hüttenbetrieb im Berg im vollen Betriebe zu erhalten. Die Energiequellen sind fast erschöpft. Die Wasser haben einen erschreckenden Leistungsgrad erhalten, die in erster Linie als Kraftquelle dienen. Die Oberharzer Hüttenwerke werden unzureichend mit Kohlen versorgt. Hier muß im Interesse unserer Volkswirtschaft unbedingt Wandel geschaffen werden. Wenn Mangal an Kohlen werden hier schon jetzt erforderlich eingeleitet. Um nun die Frauen und Männer zu beschäftigen, müssen sie mit Säden und Gendwogen in die Wälder ziehen und Tannenzapfen sammeln, die der Regierung dienen sollen. Diese Tannenzapfen, wenn sie auch in noch so großen Mengen gesammelt werden, sind nicht imstande, die Kohlen und das Wasser zu ersetzen. Darum: mehr Kohlen für die Oberharzer Berg- und Hüttenwerke!

In ganz Deutschland ist das Wirtschaftsleben durch Streiks schwer erschüttert worden. Der Berg- und Hüttenmann des Berges hat treu und brav gearbeitet. Der Wahlpruch des Berg- und Hüttenmanns lautet: Wir wollen arbeiten, nicht streiken, wir wollen unser Volk nicht noch tiefer ins Unglück stürzen. Dieser Parole ist der Berg- und Hüttenmann bis auf den heutigen Tag treu geblieben. Ich hoffe, daß er dieses auch in Zukunft halten wird. Hier ist der Beweis erbracht, daß es auch ohne Streik geht.

Der Berg- und Hüttenmann hat alle seine Forderungen auf friedlichen Wege erreicht. Die Löhne sind um mehr als 300 Prozent gestiegen, der Urlaub beträgt 4-6 Tage. Die Arbeitszeit für unter Tage Beschäftigte beträgt inklusive einer halbtägigen Pause, inkl. Ein- und Ausfahrt 7 1/2 Stunden. Die Lebensverhältnisse sind hier im Oberharz wohl die eigenartigsten in ganz Deutschland. Die Landwirtschaft fehlt hier fast vollständig. Die Viehzucht und Milchviehhaltung ist lange das nicht mehr, was sie zu Friedenszeiten war. Hier und dort findet man ein kleines Fleckchen Kartoffelfeld. Obst gedeiht hier oben nicht, nur Tannenzapfen und Kastanien. Alle Lebensmittel müssen von auswärts eingeführt werden. Die rationierten Lebensmittel reichen nun aber zum Leben nicht aus, darum ist der Bergarbeiter gezwungen, aufs Land hamstern zu gehen.

Der Bergarbeiter ist die Garzhahn zu benutzen, dem wird es auffallen, daß alle IV. Klasse-Wagen dicht gepreßt voll sind, Kiepe an Kiepe. Dieses kann man Tag für Tag beobachten. Bewunderung ist es einem ab, wenn man sieht, wie die schwachen Frauendörfer Kisten tragen und darunter schwer zusammenbrechen. Lasten von 90 Pfd. und weit darüber haben diese schwachen Rüdchen manchmal stundenlang herangezogen. Wenn man die Frauen fragt: Warum quält Ihr Euch so? dann bekommt man zur Antwort: Wenn wir nicht hamstern gehen, dann können wir nicht leben, unsere Männer nicht anfahren. Selbst der Berg- und Hüttenmann, dessen Frau kränzlich oder zu schwach ist oder die jubelnd unterforstete Kinder hat, ist gezwungen, an Sonntagen den Kaufhof oder die Kiepe aufzuführen und hamstern zu gehen.

Trotz all dieser Mühseligkeiten ist der Harzer Berg- und Hüttenmann zufrieden und von der Hoffnung besetzt, wenn alle deutschen Arbeiter dasselbe tun, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen, die Arbeit nicht ruhen lassen, daß es uns dann gelingt, wieder anderen und besseren Zeiten entgegenzugehen. Es muß aber auch Aufgabe der Regierung sein, dahin zu wirken, daß die vielen mutwillig Arbeitslosen nicht den Schiebern und Scheitelhändlern zur Arbeit herangezogen werden.

Hier im Berg, in den Kurhäusern, machen sich ebenfalls das mutwillig arbeitende Volk sowie die Schieber und Scheitelhändler breit. Dieses trübe und arbeitende Volk des Berges nimmt an diesem Drogenverbreiten teil. Der Harzer sagt: „Diese Drogen sind mir zum Ekel!“ Und das mit Recht; alles jähre, von der Regierung angefangen, nur Arbeit kann uns retten.“ Dieses steht ein jeder Arbeiter ein, er will arbeiten, er will oder auch, daß alle Menschen arbeiten, die noch arbeiten können. Arbeit ist die Pflicht des Menschen, nicht nur derer, die mag schlechtes Arbeiter nennt. Der Harzer Berg- und Hüttenmann vertritt bei Standpunkt, daß man den Arbeitszwang einführen soll. Mit dem Arbeitszwang werden nur die getroffen, die nicht arbeiten wollen, darum soll man nicht zurückweichen, den Arbeitszwang einzuführen.

Dieses würde erreicht sein, wenn es nicht mehr so viele Mühsiggänger geben würde. Durch die Arbeit kommen sie auf andere Gedanken, sie haben keine Zeit, sich mit Klagen zu beschäftigen, die der Allgemeinheit und sich selbst zum Schaden gereichen. Alle Volksgenossen sollen sich zusammenschließen, den Arbeitszwang zur Einführung zu bringen, dann kommen wir auch wieder zu geordneten Verhältnissen. Arbeit ist die Quelle allen Reichtums, darum soll auch ein jeder Mensch zur Arbeit herangezogen werden im Interesse des ganzen Volkes, im Interesse der gesamten Menschheit. Arbeit ist nicht der Zweck der Arbeit, wir müssen aber arbeiten, um zu leben. Dann kommen wir in den vollen Genuß der freudigen und lebenspendenden Arbeit. Die Arbeit hoch, aber für alle!

Wilhelm Müllerodt, Jellerfeld.

ausgedehnten Gebäude, eine drückende, fast bedrückende Ruhe durchzieht diesen einst so lebhaften Ort. Nur wenige Leute begegnen uns auf dem Hüttenweg. Und doch haben noch vor 40 bis 50 Jahren die Gänge gepöpst, daß die Arbeiter lebhaft um ihre Arbeit gebreht, und ein Gedröhn und Geräusch durchzog das heute so einsame Tal, das so manche Erbse Stübchen schmeichelt. Nehmen wir an, während es dem Einheimischen wie liebliche Musik klang. Das ist Wahrheit!

Seit vielen, vielen Jahren tauchte der Name wieder zum ersten Male in der Presse auf, in der berichtet wurde, der bayerische Freistaat habe die Erzgrube für 300.000 Mark angekauft. Freudig hat die Bevölkerung von Kitzbühl und Neukirchen (Neukirchen ist die politische Gemeinde von Kitzbühl) diese Nachricht gelesen, sie sahen Dornröschens Wimpern zucken, die ersten Anzeichen des Erwachens. Leider sollte dieser Freude ein arger Dämpfer aufgesetzt werden, indem sie erfuhr, wohl sollte die Erzgrube ausgiebiger in Betrieb gesetzt, die Hälfte selbst aber stillgelegt werden. Also eine Trennung dieser beiden Faktoren, die seit Jahrhunderten zusammengewachsen sind gleich dem Stammeisen. Bislang, deren Trennung ist eine Eisenbahnart erschienen, und wie glauben nicht mit Unrecht. Auch wir können diese Maßnahme nicht verstehen, und es scheint uns, als wenn in dieser Frage wieder Schritte am Werke wären, die dem Allgemeininteresse unseres Freistaates einen schiefen Dienst zu erwiesen im Begriffe ständen und den Bewohnern Kitzbühl-Neukirchens eine schwere Enttäuschung bringen würden. Darum zu warnen und die Regierung zur Nachprüfung des Projekts unter Zugziehung Sachverständiger zu veranlassen, soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Die Art und Weise, wie bis heute der Hüttenbetrieb geführt wurde und das dadurch erzielte Resultat, mag allerdings das Seine dazu beigetragen haben, daß die Regierung davon zurücktrat, den Hüttenbetrieb aufrecht zu erhalten. Sehen wir uns aber die Maßnahmen an, die in den letzten Jahren getroffen worden sind, muß es selbst den Vätern einleuchten, daß es so allerdings nicht gehen kann. Der Mann der profunden Erfahrung aber greift sich unwillkürlich an den Kopf, wenn er so etwas mit ansehen muß. Hier nur einige Beispiele, die zunächst dem Hüttenbetriebe gelten.

Die Holzbohlen müssen lichter und trocken in den Hochöfen kommen, was aber fast gar nicht beachtet wurde. Weiter hat man den Hochöfen Schmeldeisen, Eisenerz usw. aufgegeben, was ebenfalls sehr schädlich und nachteilig war. Außerdem hat man noch große massive Wagenräder bis zu 400-500 kg. gesetzt. Die Folge davon war, daß der Hochöfen diese Massen nicht mehr bewältigen konnte und dann Eisen und die unedlen Teile auf der Sohle anhielten, immer tiefer liegend, je daß das Eisen sich beim Schmelzen absetzte und schließlich bis in die Ferren hinaus reichte. Dies wurden verlegt und so der Zutritt vom Feinsand verperrt. Dadurch wurde oft langwierige Erzeugung gemacht, aber eine sehr schlechte; nur 1- bis 200 kg. pro Tag. Nach langen Bemühungen und schmerzlicher Arbeit mußte der Hochöfen ausgebaut und dann der erstere Eisenerz mit reinem Eisen und Gießereierz eintreten werden. Bei richtiger Betriebsweise müßte der Hochöfen einen Reintrag von 150-200 Mt. pro Tag schon bei der heutigen primitiven Betriebsweise ergeben.

Auch die Holzbohlenzufuhr von hier und Umgebung wurde unterbunden und die Preise außerordentlich niedriger gehalten, während man höhere Preise viel höher im Preise von auswärts bezogen hatte. (Längau, Lungau, Österreich).

Hier sei noch bemerkt, daß infolge langjähriger Abschlüsse das Roh-eisen unter dem jeweiligen Tagespreise in den vier Kriegsjahren verkauft wurde und sogar noch im letzten Kriegsjahre ein Betrag von Friedenspreisen abfloss. Wenn eine Kommission sich die Jahre nehmen würde, den in den fünf Kriegsjahren entstandenen Schaden beim Hochöfen und bei der Hüttenanlage an Hand des Hochöfen-Vertriebsbuches nachzurechnen, würde sie ihr blaues Wunder erleben.

Der Hüttenbetrieb rentiert sich in Normal sehr gut. Nur muß derselbe auch entsprechend geleitet und die Qualität möglichst rasch bedient werden.

Es ist eine selbstverständliche Forderung, daß im Versandmagazin die nötigen Arbeiter beschäftigt werden, damit die Waren nicht zu lange liegen bleiben, wie dies noch vor einem Jahre bei der Eisengewerkschaft Kitzbühl der Fall war. Wenn und Formzahl sind bei der Güte genügend vorhanden und zum Verkauf bereit zu sein.

Der Hüttenplatz müßte mit einem Rohabnahmevertrag belegt werden, damit der vorwöchliche, Zeit und Kräfte raubende Warentransport mit Karren aufhört.

Die Werkstätte stand früher an einem Zentralfunkt, wo sich alle Wasser vereinigen. In diesem Betrieb waren bis zu 50 Arbeiter und Dreher beschäftigt. Vor ungefähr acht Jahren hat man die Werkstätte an einen höheren Punkt verlegt. Es mußte dadurch die Wasserleitung, die an sich spärlich war, geleitet werden. Diese Wasserleitung war gänzlich verfallen, weil an beiden Stellen die Kraft nicht mehr ausreichte und daher sehr nachteilige Folgen mit sich brachte, so daß der Hochöfen und die Werkstätte nur mangelhaft arbeiten konnten.

Eine große Holzbohlen, mit welcher man massive Wagen bis zu 12000 kg. fertigte, wurde in der alten Werkstätte abmontiert und in der neuen Werkstätte aufgestellt, um sie in Betrieb zu setzen. Statt sie aber in Betrieb zu nehmen, wurde die Welt wieder abmontiert, zusammengepackt und eingekauft.

Es wäre noch anzuführen, daß sämtliche Wasserabern, die unnötig in den Bergbau laufen, an einer Zentralfabrik gesammelt werden könnten. Dadurch könnte die Leistungsfähigkeit des Wertes bedeutend erhöht werden.

Der Bergbau ist normal. Nur wäre eine Preislustanlage nötig, wodurch man die Erze mit 15-20 Pf. per 100 kg. loco Mitte zu tiefen vermag, während jetzt von Hand die 100 kg. auf circa 1,10 Mt. zu stellen kommen.

Die Erzverhältnisse sind äußerst günstig, da die Lager ganz rein sind und eine Scheidung fast nicht in Betracht kommt. Die aufgeschlossene Erzmenge in der Grube berechnet sich auf nahezu 600.000 T.

Die heutige unterste Sohle liegt sehr hoch. Ein Stollenstrecke z. B. von der Stumpfnähe aus, würde reichlich eine weitere Teufe von 60 Metern ergeben, ohne doreist zur Anlage eines Schachtes stellen zu müssen. Die Teufe der Erze scheint eine ganz beträchtliche zu sein. Die Mächtigkeit der Erzgänge ist auf der heutigen tiefsten Sohle noch genau so stark, wie die Mächtigkeit der Erzgänge auf der heutigen Erzgänge. Dazu kommt, daß die aufsteigende Erzgänge freimig durch den Berg der Grube abgebaut angegeschlossen werden könnte. Die unschöne wäre für unmaßgebare Zeit freigelegt.

Es soll geklärt sein, die Erze zur Verhüttung nach Amberg zu überführen. Diese Maßnahme erscheint uns unbillig. Die Erze ergeben eine Eisenausbeute von reichlich 30 Prozent. Sollten sie in Amberg verhüttet werden, müßten 70 Prozent taubes Material mitverfrachtet werden, wodurch der Transport doch beträchtlich verteuert wird. Würden die Erze in Kitzbühl verhüttet, könnte das taube Material in Gestalt der Sohle mit Beihilfe an Ort und Stelle gewinnbringend abgebaut werden, da die Sohle ein sehr geschicktes Baumaterial darstellt. Selbst die kleineren Abfälle bilden ein geschicktes Material zu Metallarbeiten zum Auffüllen von Abfallabzugsgräben. Die Eisenausbeute heraus würde nahezu die Löhne für den Hochöfen einbringen, wie von Fachleuten berichtet wird.

Der Bergmann, Kitzbühl rentiert sich nicht wegen der weiten Bahnentfernung (Längau) so sehr, wie man sich vorstellen könnte. Das Werk hat so viele gute Seiten, daß dieser Umstand reichlich ausgeglichen würde. Nach diesem Feststehen folgte der zweite durch Anschaffung veralteter Maschinen, die wenig geleistet haben und mehr in Reparatur als im Betrieb waren. Der Schaden war natürlich ein enormer.

Am 26. Sept. d. J. war eine Kommission des Reichsausschusses amtes München in Kitzbühl anwesend. Leider wird berichtet, daß die Kommission nicht für den Sand in Hand gebenden Hüttenbetrieb ist, sondern eher für die geschickte Trennung. Wir meinen, die Kommission im Bereich mit dem Ministerium für Handel und Gewerbe sollte, er hat recht reichlich überlegen, ehe sie eine einseitige Entscheidung trifft. Hierhergen ein Berg von Momenten rein faktischer Natur mit, die man berücksichtigen muß. Wir sind daher der Auffassung, daß auch das Ministerium für soziale Fürsorge dabei sehr stark interessiert wäre, denn es handelt sich doch auch um das Wohl und Wehe von zwei Gemeinden (Neukirchen und Oberleifersdorf), die unmittelbar dabei fast unmittelbar sind.

Über mich nur das. Unsere engere Vaterland, so ist das Reich selbst, hat das gleiche Interesse, den künftigen Wohlstand zu fördern, der durch den Verkauf der künftigen Erzeugnisse geradezu gefördert wird. Man verfolge daher nicht, ständige Nachteile des Berg- und Hüttenbetriebs heranzuziehen, man läse aber auch auf die Bedürfnisse am Ort sein. Wegen diese Punkte die nötige Beratung finden und möge das schickliche Getriebe wieder recht bald in Gang kommen in das beste so viele Tal, zur Welt und Gegen der Gemeinden und ihrer braven, biederen Bewohner, zum Wohl und Gegen des Bergbauens.

Hans Harten für den Bergbau.

Sitz der Deutschen Arbeitervereine.

Das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ schreibt:

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat gegenwärtig etwa 4.000.000 Mitglieder in 81 Verbänden. Von dieser Gesamtzahl entfallen etwa 3.000.000 oder sieben Achtel auf die Verbände, die über 100 Mitglieder zählen. Es sind dies die zwölf Verbände der Metallarbeiter (Gesamtwahl 1.200.000), Holzarbeiter (Gesamtwahl 400.000), Transportarbeiter (Gesamtwahl 300.000), Bergarbeiter (Gesamtwahl 200.000), Eisenarbeiter (Gesamtwahl 150.000), Landarbeiter (Gesamtwahl 100.000), Textilarbeiter (Gesamtwahl 100.000), Schiffsarbeiter (Gesamtwahl 100.000), Gemeindefunktionäre (Gesamtwahl 100.000) und Schneider (Gesamtwahl 100.000). Es ist interessant, zu beobachten, wie sich diese Verbände seit dem Kriegsausbruch zu ihrem heutigen Stande entwickelt haben.

Der Metallarbeiterverband hatte am Kriegsausbruch 331.991 Mitglieder. Ende 1916 sank er auf 247.300. Bei der Beendigung des Krieges (3. Viertel 1918) hatte er 447.197 Mitglieder erreicht, war also unter seiner Vorkriegszahl um circa 115.000 Mitglieder zurückgefallen. Seitdem hat sich seine Mitgliederzahl ungefähr verdoppelt. Dieser Verband umfaßt nicht mehr als ein Fünftel der Mitgliederzahl des gesamten Gewerkschaftsbundes.

Der Transportarbeiterverband hatte vor dem Krieg 297.280 Mitglieder, ging Ende 1916 auf 205.545 zurück und stieg bis September 1918 auf 412.200. Seine Mitgliederzahl hat sich also mehr als verdoppelt und umfaßt 8 Prozent der Mitglieder des Bundes.

Der Eisenarbeiterverband hatte im Januar 1914 207.700 Mitglieder, die bis Ende 1916 auf 157.597 zurückgingen. Im April 1918 lag der Verband auf 341.113. Seitdem hat sich die Zahl ebenfalls fast verdoppelt.

Der Bergarbeiterverband umfaßte vor dem Krieg 101.206 Mitglieder. Ende 1916 zählte er nur noch 53.294, die sich bis zum 3. Viertel 1918 auf 123.470 hoben. Seitdem hat sich seine Mitgliederzahl mehr als verdoppelt und repräsentiert 2,7 Prozent der Mitglieder des Bundes.

Der Eisenbauverband selbst ist der jüngste Gewerkschaften. Er ist erst während des Krieges, im Juli 1916, gegründet worden und brachte es bis Ende September 1918 auf 55.653 Mitglieder. Sein eigentlicher Aufschwung datiert erst seit der Revolution vom November.

Der Bauarbeiterverband hat am Beginn des Krieges 200.562 Mitglieder gehabt. Im Jahre 1916 war er auf 229.418 zurückgegangen.

Über die Pflicht gegenüber der Allgemeinheit ist begriffen haben, daß ohne Arbeit eine menschenwürdige Existenz nicht möglich ist, deshalb muß man sie durch eine wirtschaftliche Tätigkeit dazu zwingen. Diese Tätigkeit ist aber keine andere als die frühere kapitalistische. Nach diesem Gesichtspunkt handelt es sich nicht. Er hat also doch aufgehört, so er angefangen hat.

In dieser bitteren Notlage mußte sich Lenin versetzen, um nicht vertrieben von der Welt der harten Wirklichkeit jermalm zu werden. Auf wirtschaftlichen Gebieten handelte sich Lenin gegen sein eigenes revolutionäres Programm, gegen seine eigenen Anordnungen und Dekrete. Die alten Lösungen, Ideale und Ziele des Volkswohls sind in die Erde gesteckt worden. Die einseitige Überbewertung des Lenin die kapitalistische Wirtschaftsweise, um damit dem herrschenden Volksweltismus wieder neue Stoffe und Wege anzuführen. Er erklärte sich bereit, sämtliche Schulden des alten Regimes zu bezahlen und die Sozialisierung der Industrie bedeutend einzuschränken. Ungewöhnliche Maßnahmen hat er dem ausländischen Kapital zur Ausbeute ausgesetzt. Die reichen Mineralreiche hat er der kapitalistischen Wirtschaft ebenfalls überantwortet. Offen gesagt, es ist die Hoffnung auf die Volksweltunion eine Seifenblase war, und das Diktator und Diktator eine Lebensdauer die Arbeiter des arbeitenden Volkes untaugliche Mittel zur Durchführung sozialer Reformen sind.

Als die alte Arbeiterbewegung im Ausland niedergedrückt am Boden lag, hoffte wohl die ganze Arbeiterinternationale auf die Durchführung des sozialistischen Programms. Lenin bereitete sich eine furchtbare Enttäuschung. Er streifte mit Rücksicht auf sein vorgestelltes Ziel, blieb aber unterwogen liegen. Er wollte ohne Demokratie zum Sozialismus. Nun hat er sich überzeugt, daß man ohne Volksweltunion und Wirtschaft aller Volksweltunion eine neue Gesellschaftsordnung nicht aufbauen kann, daß der Sozialismus ohne Demokratie eine Unmöglichkeit ist. Außerdem ist die russische Arbeiter- und Bauernschaft noch viel zu wenig sozialistisch gesinnt. Die ungewohnte Masse hat kaum eine Ahnung von den Idealen des Sozialismus und Kommunismus, ist vielmehr noch tief in den alten Vorurteilen gefangen, die die Diktator einer erschreckenden Versteinerung sind.

Über Moskau, der weichen Erde, schneit der kalte Winter der Reaktion. Die asiatische Wildheit lauer hinter ihr. Bevor sie aber wieder wie in Ungarn zur Herrschaft gelangt, übernimmt die Nachfolge Lenin die moderne russische Inquisition, genannt Inquisition der Kommission zur Befähigung der Gegenrevolution. Wo ihre schwarzen gefalteten Entgelte erscheinen, da stirbt die Freiheit, da erblüht jedes Geschick. Der jüngere Czarist Diktator hat die Großmacht der Gegenrevolutionären Armee, will sich zum unerschütterlichen Diktator Russlands aufwerfen.

Dem atemberaubenden Krim, dem Stützpunkt der Volksweltunion, hat er noch das rote Banner. Der es mit vielen Hoffnungen aufgeschwungen hat, hat auf den Trümmern seiner Hoffnungen und mühsamer Arbeit, ich habe es nicht gewollt! Ich wollte den Armen des Welt der Erde bringen, aber sie begreifen mich nicht!" vk.

Eisengewerkschaft Kitzbühl, Bayern.

Stüblich Oberleifersdorf öffnet sich dem nach Neukirchen-Siegsdorf aufstrebenden Wanderer ein herrliches Tal, umjäumt von grünen Wäldern und waldbekränzten Höhen. Die Höhen bilden Ausläufer des Teufelsberges und finden ihren Abfluß, zur Ebene übergehend, dicht bei Oberleifersdorf. Rette, häufig aus Eisenfelsen gebaute Häuschen, führen uns über Hammer nach dem uralten, seit 1537 bestehenden Hüttenwerk Kitzbühl, mit seinen dicht dabei liegenden Eisenerzgruben. Der Wanderer, der noch fremd ist, übertrifft, hier eine Anlage zu finden, die einst ihre begehrten Produkte weit in die Welt hinauslieferte, und heute, nach einer mehrhundertjährigen geräuschvollen lebhaften Tätigkeit, den Ruhezustand erreicht hat. Jah die und hier stehen die

Vorwärts!

- Im Gebundenen, im Befreiten,
- Im Beschränkten und im Weiten
- Serricht brutal das harte Muß,
- Eingeengt von allen Seiten
- Durch granitne Wirklichkeiten
- Ringt der Menschengenius.
- Müssen, schaffen, ringen, wagen,
- Nie erlahmen, nie verzagen
- Mußt auch du als Arbeitsmann.
- Mußt in allen Lebenslagen
- Kühn das Nicht der Wahrheit tragen
- In der Finsternis voran.
- Die Entwidlung im Geistesleben
- Ist ein Kommen und ein Gehen
- Ohne Ruh und ohne Paß
- Wißt du viel Erfolge sehen,
- Darfst du niemals stille stehen,
- Ein Erfolg ist bald verbläßt.
- Immer weiter mußt du streben,
- Niemals am Erreichten stehen.
- Sei zum Fortschritt stets gewillt.
- Du gewinnst nur so das Leben,
- Das dir doppelt wird gegeben,
- Weil ihm selbst dein Streben gilt.

Viktor Katinowski.

Lenin und seine Lehre.

Der Stern Lenins ist im Osten aufgegangen; nicht nur auf den Russen, sondern vor allem auf wirtschaftlichen Gebieten. Im Juni seiner Macht und seines Ruhmes stand Lenin im Herbst 1917, als die Armer die menschenwürdigen Pläne ins Korn warf und nach Hause ging. Die Arbeiter folgten ihm in der Hoffnung auf bessere Zeiten. Die Bauern haben in ihm den Land- und wohnverheerenden Diktator, der die unschöne Trauer trügerisch das Glück. Die Arbeiterbewegung wurde

wieder aufgerichtet. Die Arbeiterbewegung wartet vergebens auf die versprochene wirtschaftliche Besserstellung; im Gegenteil, infolge der vollständigen Zerrüttung der Industrie ist sie noch größeren Entbehrungen ausgesetzt als je zuvor. Die Bauern sind in ihren Erwartungen arg getäuscht worden; sie sind jetzt die größten Widersacher des allrussischen Diktators.

Schon einen Monat nach dem Leninischen Umsturz zeigte es sich, daß die Volkswirtschaft nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Bei den Wahlen zur Konstituante erhielten sie nur 20 Prozent der abgegebenen Stimmen oder 162 Abgeordnete von insgesamt 800. Das war die erste empfindliche Niederlage. Um somit nicht das Leben einer hoffnungslosen Minderheit fristen zu müssen, wurde die Konstituante einfach auseinandergelegt. Die verlorenen Wahlen trug sich bald eine Reihe idealer Niederlagen nach sich: der Friede von Brest-Litowsk, der Widerstand der Sozialrevolutionäre, der wachsende Terror gegen Andersdenkende, die behördliche Bevormundung, die Erfolglosigkeit des Kommunismus in anderen Ländern, sein Zusammenbruch in Ungarn, die vergebliche Hoffnung auf die Weltrevolution, die Ablehnung der Leninischen Lehre durch die sozialistische Internationale und endlich die beispiellose wirtschaftliche Verelendung des gesamten Volkes.

Lenin jetzt ist auf den Trümmern seiner Träume, die ihn nicht die Wirklichkeit lernen ließen, sondern in das Land der irrtümlichen Phantasie führten. Eine Gänsehaut überläuft den Diktator, wenn er von den Zinnen seiner starren Doktrinen und Dogmen auf die Verwüstungen schaut, die seine Politik im ganzen Lande angerichtet hat. Und er ruft er verzweifelt aus: „Unsere Bauernpolitik war im wahren Sinne des Wortes eine verbrecherische. Wir müssen uns umbegeben!“ Und weiter: „Wenn wir nicht unsere Methoden ändern, erwachen wir am Rande des Abgrundes und gehen mit Riesenschritten einer Katastrophe und einer vollständigen Vernichtung des Kommunismus entgegen.“

Angeklagt dessen hatte Lenin den Mut, auf die geradezu lässlichen Resultate der bolschewistischen Wirtschaft hinzuweisen und auf Abhilfe zu bringen. Zu diesem Zwecke berief er den Ingenieur Krassin zum Leiter des Wirtschaftlichen Rates und batte ihn mit den größten Vollmachten aus. Krassin machte sich die kapitalistischen und kommunalistischen Erfahrungen zunutze. Er erstellte sofort die kollektive Betriebsleitung durch eine persönliche, d. h. den Betrieb leitet und verantwortet nicht ein Betriebsarbeiterrat, sondern ein Direktor, der nach der alten kapitalistischen Methode eine unumkehrliche Gewalt über den Betrieb hat. Dem folgen die Ingenieure, Techniker, Meister und Vorarbeiter, deren Anordnungen Folge zu leisten ist. Es wurde auch wieder die lebenswichtige Entschädigung eingeführt, je nach Tätigkeit und Verantwortung höher bis in den Januar. Die alten Methoden der Arbeiter, der Bauern, des Handels und der Lohnverhältnisse feiern wieder ihre Auferstehung. Auf diese Weise liegt wieder die Reparaturarbeit des russischen Arbeiters um 25-30 Prozent. Weil die russische Ar-

Zeugen: Sollte es die belgische Besatzungsbehörde wagen, einen Anhänger unserer Richtung von Wilhelmine Weissen und Bergard abzuschießen, dann steige die Brande! Als aber das Mitglied der Freien Vereinigung, A. S. B. A. C., abgeschossen wurde, überließ man ihn einfach seinem Schicksal.

Den ersten Grundsatz der Freien Vereinigung, die direkte Aktion, hebt also weiter einseitig auf, indem er dem belgischen Organisationsleiter auf Ehrenwort verpflichtet, seinen Streit nicht mehr aufkommen zu lassen. Auch will er dafür eintreten, daß bei Anerkennung seiner Organisationsleiter die Leistung auf Abstreifen sich gewaltig steigern wird. Das hat er der Direktion ehrenwörtlich versprochen. Wer hat ihn dazu beauftragt? Heute schon klagen die Anhänger der Freien Vereinigung über Untertreue auf Abstreifen, besonders auf Schacht IV, wo es wieder so schlimm ist wie während des Krieges. Gleichzeitig verspricht aber ihr Führer, die Leistung, d. h. die Untertreue, zu steigern. Dann will weiter dafür sorgen, daß Bezirksleiter Zimmer vom Abstreifen verschwindet. Zimmer habe auch den abgeschossenen Bergmann Agner verschwinden lassen. Diese dumme Verleumdung steht dem weiter trefflich zu Gesicht. Wöchentlich Direktion, Arbeiterausschuss und Belaghaft von Wilhelmine Weissen soll auch ein gutes Einvernehmen herrschen. Darob schüttelt so mancher Kumpel bedenklich den Kopf. Direktor Kedes hat dem Ausschuss schon das Mitglied gebrochen, es steht nur noch die Materialiste, dann ist der Wunsch der Streder erfüllt. Und solchen Leuten, die ihre eigenen Grundsätze verraten, die den Streik verabschieden und die Untertreue steigern wollen, laufen noch verschiedene Bergleute nach. Wo bleibt da der Verstand?

Den Mitgliedern unseres Verbandes rufen wir zu: Setzt der Arbeiterausschuss des Abstreifens, welche Kräfte am Werke sind, eure gute Sache zu führen. Wer wie Weier und Tomaskowitsch handelt, will die Arbeitergesellschaft dem Kapital ausliefern und sie um die Früchte der Revolution bringen.

Die Bezirksleitung. J. A.: Peter Zimmer.

Was führt uns Bergarbeiter zum Ziele: Einigkeit oder Zersplitterung?

In keinem Berufe gibt es mehr Zersplitterung wie unter uns Bergarbeitern. Darum haben wir auch die wenigsten Rechte, werden aber am meisten drangaliert und schikanieren. Wenn unter uns Bergarbeitern viel mehr Unorganisierte vorhanden sind wie in anderen Berufen, so liegt das nach meiner Auffassung daran, daß sich dem Bergbau Leute zuwenden, die sich so schnell wie möglich durch Ueberfächeln und Schmarotzerei etwas erwerben wollen, um dann die Bergarbeitervoter an den Nagel zu hängen. Das nun diese Leute kein Interesse an der Organisation haben, liegt klar auf der Hand. Zweitens hat auch die frühere gegenseitige Bekämpfung innerhalb der vier Verbände zur Organisationslosigkeit beigetragen, was vielen Leuten ein Genetel war. Alle diese Uebel könnten beseitigt werden, wenn sich die Bergarbeiter einig wären. Statt dessen haben wir immer mehr Zersplitterung. Auch die jetzigen Bestrebungen der Union und der Freien Vereinigung führen nicht zum Einheitsverband, sondern zu immer mehr Zersplitterung. Warum diese Sonderbestrebungen? Ist denn der Grundbau des Verbandes nicht gut? Ein Wert, das mit so viel Mühen und Entbehrungen aufgebaut ist, will man zerlegen, weil das Dach nicht mehr gut sein soll. Eines Daches wegen bricht man doch keinen Bau ab, sondern man erneuert, was morsch ist. Das kann man doch nur, wenn man mit Sand ans Werk legt. Denken wir daran, welchen Schikalen die alten Verbandsgründer und Kämpfer ausgeführt waren; selbst heimtückisch wurden sie gemacht, aber ihr Gründungsmerk haben sie vollendet. Sie sollen uns als Vorbild dienen, denn auch wir werden manchen Sturm erleben, bis der Verband das ist, was er im Sinne der revolutionären Bergarbeiter sein soll.

Ursachen der Kohlennot.

Nichtberufene sind gewöhnlich der Meinung, daß an der Kohlennot meist die Bergleute schuld seien. Wenn man aber von einem Betriebspunkt zum andern kommt und sieht, wie sich die Bergarbeiter abquiden, merkt man nichts von einer Minderleistung. Die Ursachen des Kohlenmangels sind ganz anderer Natur.

Seit 1912 arbeite ich auf Becke Massen III/IV und bin einigermaßen mit den Förderverhältnissen vertraut. Daß vor dem Kriege und während desselben mehr Kohlen gefördert, ist leicht erklärlich. Wurde doch hier in dieser für unsere Unternehmer so günstigen Zeit jede Woche zweimal eine halbe Förderstraße eingelegt, von den übrigen Ueberfächlern gar nicht zu reden. Sodann wurde in allen Revieren das Beste, 6 1/2 Meter mächtige Flöz abgebaut. Die Leistung betrug pro Bauer und Schicht 8 bis 9 Wagon. Man mußte diese Leistung erzielen, da man sonst bei 80-90 Wagon für drei Wagon einen annehmbaren Lohn nicht erzielen konnte. Nun ist aber in vielen Revieren dieses ergiebige Flöz abgebaut. Holzgebrungen muß man jetzt die wenigsten ergiebigen Flöze abbauen, die nur 60-100 Zentimeter stark sind. Daß hier nicht jetzt Kohlen gefördert werden können wie in einem dicken Flöz, liegt klar auf der Hand.

Die Verwaltung hat auch hier den Schrägbau eingeführt. Es hat keine guten, aber noch mehr Schattenseiten. Ist z. B. eine Kameradschaft mit dem letzten Knapp unten angekommen, so muß sie nockgebrungen die Kohlengebinde einstellen, bis die Berge beige sind. Es kommt vor, daß hiermit eine ganze Woche für die Kohlengebinde verloren geht.

Ein anderer Uebelstand, wodurch die Förderung beeinträchtigt wird, ist die Beschaffenheit des Materials. Hätten wir gute Wagenschmiere und gutes Schmieröl, dann hätten wir nicht die vielen Maschinenreparaturen, die doch auf die Förderung einwirken. Solange man aber nicht für genügend Kompensat sorgt, darf man auch nicht von einer Minderleistung sprechen. Kommt es doch vor, daß ein Bauer an einem Bohrerloch von 6 Fuß Länge drei bis vier Schichten bohren muß. Dadurch wird die Kohlenförderung sehr beeinträchtigt. Wegen der schlechten Luft bleiben die Wagon im Aufbruch hängen und können nicht hochgezogen werden. Schon vor einem halben Jahre sollte ein neuer härterer Kompressor angeschafft werden, ist aber bis jetzt noch nicht da. Die beiden alten Kompressoren hat der Krieg demauern mitsgenommen, daß sie auf dem letzten Wege stehen. Auch sind mehr Förderwagen nötig.

Noch eins ist ein großes Hindernis für die Regierleistung: Schafft die noch bestehenden Schiebehänge ab, schafft uns ein Reichsknappschaffsgesetz und Personengesetz und geht uns sofort den belagerten Urlaub, dann wird sich mit der Arbeitsfreudigkeit auch die Kohlenförderung heben.

Heinrich Wormfall, Admigsborn.

Auch ein Beitrag zur Kohlennot.

Zunmer wieder hört und liest man von der notwendigen Erhöhung der Kohlenförderung. Der Kumpel ist, mit wenigen Ausnahmen, sich darüber klar, daß nur erhöhte Produktion die deutsche Republik aus dem wirtschaftlichen Abgrund herausbringen kann. Zur Erhöhung der Kohlenförderung aber kann es nicht beitragen, wenn der jährliche A. von Jede Reichs Stimmes III (der, nebenbei bemerkt, bei der Belegung vor der Revolution keine nicht in besonderem Ansehen stand) Leute, die anfragen wollten, nach Hause schick. Obgleich die Förderstraße mit nur 15 Mann besetzt war, schickte er am 3. d. M. acht Mann nach Hause, mit der Angabe, daß er zu spät zur Schicht gekommen sei. Der nächste Abend wurde noch zur Schicht benutzt, weil die Steiger noch nicht eingefahren waren. Von einem Betriebsratsmitglied darüber zur Rede gestellt, erklärte jährlinger A., von dem Betriebsführer Anweisung zu haben, die Leute nach Hause zu schicken. Nun dürfen die Belegschaftsmitglieder allerdings die Schicht nicht künstlich verlängern und müssen pünktlich zur Schicht kommen, doch ein so fortiges „Nachhausegehen“ war u. E. nicht nötig, ein Zuzuschicken der Säumer hätte genügt, zumal die Schicht auch noch nicht beendet war.

Im übrigen wäre dem jährlinger A. zu empfehlen, den Kumpel nicht von oben herab zu beherrschen, denn letzten Endes, glauben wir, erhebt der Arbeiter die Produktion eher wie der jährlinger. Beim Ausbruch der Revolution, als die Belegschaft die Absetzung des jährlingers A. forderte, zeigte sich der Herr, wie so viele andere, genügt, andere Wege einzuschlagen, doch glaubt er in letzter Zeit, wieder fest im Sattel zu sitzen.

Schließlich tragen diese Zeilen dazu bei, den Herrn jährlinger daran zu erinnern, daß das „Sturm-Hand-Stein“ ein für allemal vorbei ist und daß er auch bei Schiebehängen mit den Kameradschaften verhandelt und nicht einfach ein Gebot schickt, ohne danach zu fragen, ob es den Verhältnissen entspricht. Den Revierführern jedoch wäre es zu empfehlen, das Gebot von den Kameradschaften abzuschaffen, da sie in letzter Zeit zwischen Steiger und Arbeiter ein andres Verhältnis hergestellt hat, was das jeder der sich gewaschen hat, und beide, Steiger und Arbeiter, viel eher zur Einigung kommen, als ein „höherer Beamter“ dabei mispricht.

Mehr Förderwagen auf Becke Waldur.

Jeden Tag liest man in der Presse: „Bergarbeiter, schafft mehr Kohlen!“ Anders rufen die Kumpels auf Waldur: „Schidt uns mehr leere Wagon!“ Stundenlang warten sie nämlich in den Streben auf Wagon. Wenn dann der Monat um ist, kommt der Steiger mit 17 und 18 Wagon an, es sei nichts gefördert, der Betriebsführer gäbe nichts bei sich. So kommt es, daß die Leute mit diesen Hungerlöhnen nach Hause gehen. In einer Sitzung, in der der Herr Bergard mit anwesend war, gab die Betriebsleitung selbst zu, daß 400 leere Wagon, seien. Seit dieser Sitzung ist die Förderung um 150 To. täglich gestiegen. Wenn wir die 400 fehlenden Wagon zur Verfügung hätten, kämen nach 150 To. täglich hinzu und die Förderung wäre gehoben. Wir glauben, denn der Bergard hat doch das Protokoll von der Sitzung an die Reichsregierung geschickt; aber auch da wird nichts gemacht. Hoffentlich wird mit dem Abgang des Herrn Direktors diese Mißwirtschaft auf. Dem neuen Betriebsinspektor rufen wir, den erkennen Wesen, den er angefaßt hat, festzuhalten. Der Tag wird nicht ausbleiben.

Keine Italiener für den Ruhrbergbau.

Kürzlich brachte die Tagespresse die Meldung, daß 50.000 italienische Arbeiter dem Ruhrbergbau zugesührt werden sollen. Diese Nachricht erweckt jeder Grundbesitz. Es soll ganz im Gegenteil versucht werden, baldmöglichst so viele arbeitswillige deutsche Arbeiter dem Bergbau zuzuführen, als die Betriebs-, Absatz- und Unterfütterungsverhältnisse dies jeweils gestatten.

Damit erledigen sich auch die Zuschriften der Kameraden an unsere Redaktion, die sich mit der unzulässigen, die Bergarbeiterschaft beunruhigenden Nachricht befassen.

Behandlung der Bergarbeiterwitwen auf Auguste Viktoria.

Das Durchschnittsalter der Bergarbeiter beträgt 40 Jahre. Die schwere Berufsarbeit und nicht zuletzt Not und Sorge tragen dazu bei, daß der Bergmann oft unter Hinterlassung vieler unminoritärer Kinder ins Grab steigen muß. Wie nun die Hinterbliebenen vom Kapital behandelt werden, zeigt folgendes an die Witwe des verstorbenen Kameraden Gerta gerichtete Schreiben:

„Bescheinigung. Es wird hierdurch bescheinigt, daß der hier beschäftigte hiesige Arbeiter Herr Gerta, wohnhaft Köln, Schanzstraße 77, Hausbrandböden zum Ausnahmepreise bei uns nicht erhält, da er nicht alleiniger Ernährer seiner Mutter ist; dieselbe bezieht Armenunterstützung.“

Sitz, 26. Aug. 1919. Gewerlich, Auguste Viktoria, Schmid.“ Der alleinige Ernährer seiner Mutter und Beschäftigte ist der 16 1/2 Jahre alte Josef Gerta mit einem Verdienst von 8,50 M. Mit der Begründung, die Mutter bezieht Armenunterstützung, hat Herr Schmid bei seinem Kollegen Herrn Sänke gemacht. In der Auslegung zu ihren Gunsten sind die Herren groß, aber mit dem Entgegenkommen Witwen und unterfütterungsberechtigten Kameraden gegenüber ist es nicht weit her. Auguste Viktoria, Tietzer.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Bezirksbergarbeiterrat Halle.

So nennt sich ein Konjunktum sechzig entgleiter Wortstücken, die es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die Emulien der Bergarbeiter zu zerlegen und deren partei Organisations zu sprengen. Dieser selbstherrlich auftretende Bergarbeiterrat, der von den Regenten kein Mandat zu ihrer Vertretung erhielt, betreibt seine Völkerei besonders im mutterdeutschen Saal- und Braunkohlenbergbau. Auf sein Sündenkonto ist auch der von ihm leichtsinnig inszenierte „Generalkrieg“ im Stahlbergbau zu setzen, der aus Mangel an Zeilnehmern schon nach zehn Tagen zusammenbrach und die verführten Bergleute in Not und Elend stürzte. Als er sich gezwungen sah, den „Generalkrieg“ am 11. August abzubrechen, versuchte er vergeblich, die Schuld vor sich und auf die Führer des Bergarbeiterverbandes abzumähen. Die Peters, Koenen und Ziehuß, die in diesem famosen Bergarbeiterrat das große Wort führten, ließen beim Strickabzug eine Resolution annehmen, worin sie einen kühnen und zerrütteten Kleinkampf in Betrieb, Grund- und Werkstoff anklagten. Diesen Kleinkampf führten die Volksbegehrter hauptsächlich gegen den Bergarbeiterverband. Jetzt erlassen sie einen Aufruf an die Bergarbeiter zum Kleinkampf und Wahl von oppositionellen Delegierten, die an Stelle des bisherigen Aktionsausschusses eine dauernde Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes bilden sollen. In dem Aufruf wird den Verbandsführern wieder mal Intransigente, Kapitalfeindlichkeit, reaktionäre Verräterpolitik, Harmoniepolitik sowie Gegenwehr gegen Sozialisierung, Räuberstern, Kontrakt- und Mitbestimmungsrecht der Bergarbeiter vorgeworfen. Es lohnt nicht, die ständig wiederkehrenden Verleumdungen immer wieder zurückzuweisen, denn darüber ist ja unsere letzte Generalversammlung ihr Urteil schon gesprochen. Nicht die Verleumdungen — nein, die eigenen Kameraden sind also nach Ansicht des Bezirksbergarbeiterrats Halle der böse Feind, der bekämpft werden muß. Um politische Geschäfte zu machen und den Unabgängigen neue Mitglieder zuzuführen, wird die Einigkeit der Bergleute mit Rücksicht auf Vorbedacht unterwühlt. Der Bergarbeiterrat Halle, der von Unabgängigen dirigiert wird, jetzt sich damit über den Beschluß hinweg, der vom Parteivorstand der U. S. P. am 26. September gefaßt wurde und der dahin lautet, daß gegenüber dem organisierten Unternehmertum die Gewerkschaften als geschlossene schlagfertige Kampforganisationen zu erhalten und zu festigen sind. Wie der unabhängige Bergarbeiterrat den Beschluß seiner eigenen Partei verachtet und auslegt, zeigt schlagend seine frivole Setze gegen den Bergarbeiterverband und seine Führer. In den Versammlungen werden die Bergarbeiter aufgefordert, aus dem Bergarbeiterverband auszutreten und sich zum Nutzen der Verleumdung zu verpflichten. Der jährlinger bekannte 26-jährige Peters, der jetzt zu den Kommunisten abgewandert ist, aber noch immer die Bergarbeiterversammlungen an, ohne zurechtgesetzt zu werden. Kürzlich bekannte er, daß ihm zwar bei den jetzigen Fortführungen mit den Verleumdungen die Bergarbeiterforderungen nicht bekannt seien, man müsse aber immer „höhere“ Forderungen stellen, also solche, die sich nicht erfüllen lassen. Peters warnte auch vor dem Streik mit der bemerkenswerten Begründung, ein Streik im jetzigen Augenblick würde eine Zersplitterung der Kräfte bedeuten. Man brauche aber alle Kräfte in die leicht sehr kurze Zeit zu einem letzten scharfen Kampfe. Wenn dazu der Ruf ertöne, müsse alles gerüstet sein, so daß sich der „Generalkrieg“ in einer Stunde über ganz Deutschland ausbreiten könne. Und solche Konfusionsräte machen sich an, die wahren Führer der Bergarbeiter zu sein. Sind das nette Bergarbeitervertreter!

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Verhandlung der Arbeitsgemeinschaft mit dem oberstehtischen Arbeitgeberverband.

Anfang Januar d. J. hatten die in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Gewerkschaften an den oberstehtischen Arbeitgeberverband den Antrag, auch in der hiesigen Industrie die Ferienabzählung durchzuführen. Dorn der wilden Streits und verschiedenen Unruhen konnten die Arbeitgeber diese so wichtige Forderung immer wieder verweigern, so daß die oberstehtischen Arbeiter in diesem Jahre doch um ihren Urlaub gebracht worden sind. Zunmer wieder mußten dringende Fragen und Forderungen zurückgeführt werden, die Gewährung der Ferien wurde auf einen späteren Termin verschoben. Die Tatsache also, daß die oberstehtischen Bergarbeiter eine Anzahl den unbedeutendsten Reklamationen unentgeltlich weiter folgten und nicht auf die ergründeten Organisationsvertreter hörten, hat zur Folge gehabt, daß sie erst im nächsten Jahre in den Genuß der Ferien gelangen.

Am 4. Oktober fanden in Kattowitz Verhandlungen statt, die diese wichtige Frage endlich zur Lösung brachten. In Anhang der Verhandlung ernteten sich eine lebhafte Debatte darüber, ob Herr Josef Adamel, der Vorsitzende des polnischen Zentralverbandes, an den Verhandlungen teilnehmen solle oder nicht. Da sich Herr Adamel absichtlich lange Zeit geweigert hat, seine Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft bei der Zentralarbeitsgemeinschaft zu beantragen, so stellte sich unsere Bezirksleitung auf den Standpunkt, daß nur mit Kontrahenten verhandelt werden könne, die ihre gegenseitigen Verpflichtungen, die sie abgeben, auch erfüllen. Dies kann weder von Herrn Adamel selbst, noch von seiner gesamten Organisation gesagt werden. Die Arbeitgeber beschäftigten sich alsdann unter sich mit diesem Problem und kamen zu der Ansicht, daß Adamel, der übrigens ohne Einladung erschienen war, von den Verhandlungen auszuschließen sei. Herr A. mußte deshalb die Verhandlungen verlassen.

Bei einer Sitzung der Tagesordnung, die Verhandlung über eine Vereinbarung betreffend die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse, Mitglieder und Obmannen wurde nach längerer Debatte einer

beitgeber und Gewerkschaften keine Einigung erzielt werden konnte. In der Urlaubsabzählung sind folgende Vereinbarungen erzielt worden: Urlaub erhält unter Fortzahlung des Grundlohnes und der Zulagen jeder über 20 Jahre alte Arbeitnehmer, der am 1. April mindestens zwei Jahre ununterbrochen auf einem der Verbandswerke tätig war. Der Urlaub beträgt nach zwei Jahren 3 Tage, nach drei Jahren 4 Tage, nach vier Jahren 5 Tage, nach sechs Jahren 6 Tage. Ueber die Ausführungsbestimmungen der Urlaubsabzählung sind eine Reihe von Vereinbarungen getroffen worden, die noch Gegenstand der Verhandlungen sein sollen und die wir später noch abdrucken werden.

Die Gewerkschaften haben bezüglich der Urlaubsabzählung folgende Anträge gestellt: Von zwei Jahren 3 Tage, von drei Jahren 5 Tage, von fünf Jahren 7 Tage, von sechs Jahren 10 Tage, von zwölf Jahren darüber hinaus 12 Tage Urlaub. Diese Anträge wurden von den Arbeitgebern abgelehnt mit der Begründung, daß in keinem Revier Deutschlands mehr als 6 Tage Urlaub gewährt worden sind. Es ist das bedauerlich, denn die Vorteile wären gerade der oberstehtischen Arbeiterschaft, die sich durch große Geschäftigkeit auszeichnet, sehr zugute gekommen.

Die Organisationsvertreter beantragten nunmehr, daß mit Rücksicht darauf, daß die oberstehtischen Arbeiter in diesem Jahre um ihren Urlaub gekommen sind und der Antrag auf Einführung des Urlaubs doch schon im Januar gestellt worden sei, eine anderweitige Entschädigung für die Arbeiter. Die Arbeitgeber lehnten diesen Antrag grundsätzlich ab. Zur Begründung wurde auf die vielen wilden Streits hingewiesen, die allein schuld daran seien, daß diese Angelegenheit noch nicht gelöst sei.

Kamerad Franz und der Vertreter des Metallarbeiterverbandes stellten folgenden Antrag:

„Die Ferien werden nur den organisierten Arbeitern bewilligt, welche der Arbeitsgemeinschaft angehören sind.“ Die Veranlassung der Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaften ist Sache der zuständigen Organisationen.“

Die vorhandenen Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen stellten sich einmütig hinter diesen Antrag. Von den Arbeitgebern erhob man Bedenken und soll diesfalls nochmals verhandelt werden. Wir sind überzeugt, daß die organisierte Arbeiterschaft reslos auf allen Werken für diesen Antrag eintreten wird. Es ist nicht einzusehen, warum die Ueberbringer an den Ferien teilnehmen sollen, die die Gewerkschaftsarbeit bringt. Sollte der Arbeitgeberverband den Antrag ablehnen, so wird die Arbeitsgemeinschaft Beschwerde bei der Zentralarbeitsgemeinschaft führen, damit über diese Frage einmal gründlich gesprochen wird. Heute kann niemand mehr mit der Ueberbringer kommen, daß es ihm an Gelegenheit und Möglichkeit gefehlt hat, sich den Organisationsangehörigen. Darin braucht niemand einen Abgang, sondern unserer Auffassung nach nur eine selbstverständliche Pflicht zu erfüllen. Es heißt doch, wer nicht arbeitet, der soll nicht essen. Nun, wer keine Gewerkschaftsbeiträge entrichtet, soll auch nicht an den Erfolgen teilnehmen dürfen, die die Organisationen im Interesse ihrer Mitglieder erlangen haben. Unsere alten Kämpfer bitten wir dringend, alles aufzugeben, daß dieser Antrag reslos durchgesetzt wird. Denn wir sind überzeugt, daß wir auch nach wieder Mühe und Ordnung bekommen, wenn die gesamte Arbeiterschaft dem Rufe ihrer Organisation folgt.

Als weiterer Punkt der Tagesordnung wurde die Forderung der Arbeitsgemeinschaft auf Zulassung einer 12 gliedrigen Arbeitnehmerkommission zu den Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes abgelehnt. Die Arbeitgeber erklärten ihre Ablehnung damit, daß ein so großer Apparat nicht verhandlungsfähig wäre. Alle Einwendungen seitens der Organisationsvertreter konnten die Arbeitgeber von der Notwendigkeit der Zulassung nicht überzeugen.

Da das kommende Betriebsratsgesetz diese Materie vollständig neu regelt, so bitten wir unsere Kameraden, sich in dieser Angelegenheit vorläufig zu beschließen.

Unter Vorzeichenem führte Kamerad Franz Beschwerde, daß der Antrag auf Einführung der Sechsstundenarbeit noch nicht zur Verhandlung gestellt worden sei. Die Beschwerde wurde vom Vorsitzenden als berechtigt anerkannt. Es wurde zugesagt, den Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für den Steinkohlenbergbau zur Beratung zu stellen. Dasselbe wurde von einem Vertreter der polnischen Berufsvereinigung von den Anträgen auf Erhöhung der Lohnsätze verlangt.

Am Schluß der Sitzung trug Kamerad Franz eine Menge Beschwerden vor über schlechte Behandlung und Bedingungen, wobei er auch bemängelte, daß die Arbeitgeber bei der Wieder-einstellung der entlassenen Arbeiter sich nicht immer an die getroffenen Abmachungen gehalten haben. Da die Arbeitgeber dies bestritten, so erwiderte sich eine lebhafte Debatte, die das Ergebnis zeitigte, daß die Arbeitgeber zusicherten, bei den Verbandswerken dahin zu wirken, daß Säuren von der Art des Vorgetragenen in Zukunft vermieden werden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 42. Woche (vom 11. bis 18. Oktober) fällig. Wir bitten Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge. Jedes Mitglied ist auch verpflichtet, die Mitgliedsversammlungen regelmäßig zu besuchen.

An die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen.

Betrifft Unfall-Unterstützungskasse der Funktionäre. Unter Hinweis auf das Zirkular vom 2. August machen wir noch einmal aufmerksam, daß die Bezirksstellen die Beiträge zu der Unfall-Unterstützungskasse an die Bezirksleiter zu schicken haben und nicht an die Hauptkasse. Die Bezirksleiter haben dann die Beiträge an die Hauptkasse abzuführen. Dieser Anregung sind bisher nur einige Bezirksleiter nachgekommen, während ein großer Teil der Bezirksstellen die Beiträge direkt an die Hauptkasse schicken, wodurch die Kontrolle und Ueberfächelung unnötig erschwert wird. Für die Zukunft von den Bezirksstellen eingehende Beiträge werden daher auf dem Abrechnungskonto der Bezirksstellen verbucht. Die Ortsverwaltungen sowohl wie die Bezirksleitungen werden daher noch einmal ersucht, die Beiträge bezirksweise zu sammeln und dieselben mit einer Zusammenfassung der Beiträge der zahlenden Mitglieder der Hauptkasse zu übermitteln. Ferner verweisen wir noch darauf, daß laut Mitgliedschaft in demselben Zirkular die Beiträge für das zweite Halbjahr 1919 bis zum 15. September abgerechnet sein mußten, andersfalls kein Anspruch auf die Leistungen der Kasse besteht. Hauptkasse.

Bezirk Gindenburg. Das Arbeitersekretariat befindet sich jetzt in Gindenburg, Friedrich-Str. 12 (Monopol, Wils). — Die Sprechstunden finden jeden Freitag, vorm. von 11 bis 12 Uhr und nachm. von 5 bis 7 Uhr statt.

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisionen die Arbeit zu erleichtern. Bergershausen. Vom 15. bis 31. Oktober. Bochum. Am 1. November. Zalkhausen II. Vom 15. bis 31. Oktober. Friedlandorf. Vom 15. Oktober bis 15. November.

Adressenveränderungen.

Dortmund II. Franz König, Dortmund, Kamener Straße 10. Schube. Vertrauensmann: Ernst Wortmann, Greinberg bei Schube. Vertrauensmann: Johann Kühn in Neue 6. Feit, Delziger Straße 12.

Sitzkraft für den Bezirk Catrop gesucht. Bewerber müssen fünf Jahre Verbandsmitglied sein und schon eine Funktion ausgeübt haben. Bewerbungen müssen bis zum 25. Oktober an Franz Hoffeld, Bochum, Jakobstraße 3 eingeschickt sein mit kurzen Lebenslauf sowie einen Aufsay über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangehörigen enthalten.

Vermitt. Wer kann Auskunft geben über den Verbleib meines Sohnes Paul Wolsfarth, Königs-Inst.-Regt. Nr. 145, II. Btl., 7. B., demobilisiert seit 29. August 1918 an der Adresse? Paul Wolsfarth, Werries bei Hamm i. W., Kommlr. 64.

Die Bergarbeiter